

Niederschrift der Landesratssitzung am 07.03.2015

Ort: Feldschlösschen Stammhaus, Budapester Str. 26, Dresden

Anwesende Mitglieder:

s. Anwesenheitsliste 24 Mitglieder

Entschuldigte Mitglieder:

s. Anwesenheitsliste

Gäste / Mitarbeiterinnen:

Janina Pfau Mitglied des Sächs. LT, Tilmann Loos Landesvorstand Die Linke Sachsen

Erstellung der Niederschrift:

Marina Brandt

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

Protokoll der Klausurberatung 16./17. Januar 2015
Bericht der Landesgeschäftsführerin, Landesvorstandssitzung 27. Febr. 2015
B 4 – 244 Erklärung des Landesvorstandes zu PEGIDA in Dresden
B 4 – 244 – 1 Aktualisierung der Erklärung zu den *Gida-Bewegungen
B 4 – 256 Strukturveränderungen in der Landesgeschäftsstelle
B 4 – 257 Stellenausschreibung – EDV- und Kommunikationstechnik
B 4 – 258 Sicherung der org. Teilnahme „Woche der Zukunft“ Berlin
B 4 – 261 365 Frauentage. Denn jeder Tag muss ein Frauentag sein
I 4 – 259 Bericht der linksjugend [solid] 015 in Dresden

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung und Beschluss über die TO
TOP 2 Protokollkontrolle
TOP 3 Migranten und deren Erwartung an die Linke – Vortrag
TOP 4 Diskussion mit betroffenen Menschen
TOP 5 Beschluss zum Arbeitsplan des Landesrates
TOP 6 Mittagspause
TOP 7 Bericht aus dem Landesvorstand
TOP 8 Bericht aus der Landtagsfraktion
TOP 9 Anträge, Sonstiges

TOP 1 – Begrüßung und Beschlüsse zur Tagesordnung

Die TO ist mehrheitlich beschlossen. Der Referent für TOP 3 und 4 ist noch nicht anwesend, deshalb wird die Behandlung des TOP 5 vorgezogen.

TOP 2 – Protokollkontrolle

Das Protokoll der Klausurberatung am 16. Und 17. Januar 2015 wird mit geringfügigen Änderungen mehrheitlich bestätigt.
Das Verfahren der Protokollführung wird erläutert, es wird vorgeschlagen diese Verfahrensweise auch weiterhin beizubehalten.

TOP 3 und 4 – Migranten in Deutschland und deren Erwartungen an die Linke – Vortrag
Referent: Andreas Naumann, Stadtrat DIE LINKE Dresden, Anlagen s. Mail v. 16.03.2015

Andreas gibt eine Einleitung zum Thema

Grundsätzlich geht es zunächst um Begriffe die im Zusammenhang mit dem Thema immer wieder benutzt werden und Grundlage für das Handeln sind. Diese müssen erst einmal erklärt werden.

Bis 1989 galten in der Flüchtlingspolitik die zwischenstaatlichen Abkommen der Genfer Konvention.

Mit Beginn des Falls der Mauer ist ein anderer Weg eingeschlagen worden. Im Laufe der Zeit wurde eine Gegentendenz aufgebaut, die eher einen Schutz vor Flüchtlingen realisieren soll, anstatt die Hilfe, wie sie in den Genfer Abkommen vereinbart wurde, weiterzuführen. Es geht nur noch um die Abschottung vor Flüchtlingsströmen, dafür gibt die EU jährlich 2Mrd Euro aus, das Unternehmen FRONTEX organisiert mit diesem Geld den Schutz vor Flüchtlingen.

Da stellt sich die Frage, „Warum klären sie mit dem Geld nicht die Probleme vor Ort, sie nehmen das Geld für Abschottung und den Bau von Grenzanlagen“

„Es ist die völlig gegenteilige Entwicklung entstanden“

Bemerkung: Neoliberale Politik nach 1989 hat die bis dahin gültige Politik abgeschafft.

Ausländer in Deutschland

Leistungsträger mit Geld werden im Willkommens Center begrüßt, ihnen werden Berater an die Seite gestellt, die sie durch die deutschen Ämter begleiten und Probleme für sie klären (z. B. die Berater von Qimonda).

Zwischen arm und reich wird deutlich unterschieden, es geht um die Masse, die armen Ausländer, die nix haben. Wenn wir darüber reden, sprechen wir über Ausländer im Sinne der Politiker. Die hier nicht gewünscht sind. Flüchtlinge und Asylbewerber.

Flüchtlingsgruppen sind z. B.

Kontingentflüchtlinge (innerhalb dieser wurde auch noch unterschieden) Nichtkontingentflüchtlinge (wurden durch bilaterale Abkommen, die bis 2006 gültig waren, in das Land gelassen und besser integriert, z.B. Russlanddeutsche)

Asylbewerber, für sie gilt das Asylbewerberleistungsgesetz, es ist schwer zu verstehen für einheimische und für die Ausländer sowieso. Behörden wollen die Asylbewerber nicht haben die „Armen“ sollen wieder raus entsprechend ist das Handeln der Behörden gestaltet

Staatenlose (sind einfach ohne Papiere, sie vernichten z. t. Selbst ihre Papiere damit sie eine bessere Chance haben nicht abgeschoben zu werden)

In Chemnitz ist die Zentrale Aufnahmestelle. Die Kommunen erhalten nur die Information: „Es kommt ein Bus, kümmert euch drum.“ Die Landesregierung zahlt den Satz und die Unterbringung wird der Stadt oder den Kommune überlassen.

Position der Linken

- Das Bewusstsein der Bevölkerung ist völlig falsch in der Orientierung, Unwissenheit kursiert
- Die falsche Darstellung der Lage durch Politik und Medien ist zurückzuweisen
- Ein klares Bild und Aufklärung über die wirklichen Umstände ist erforderlich
- Die Zusammenarbeit mit Netzwerken ist wichtig
- Kontakt zu Ausländern suchen und mit ihnen ins Gespräch kommen
- In der Partei sind die Vorurteile in den eigenen Reihen abzubauen

Diskussion/Informationen/Anfragen

Meinung: Abschiebepraktiken sind nahe dem faschistischen Vorgehen zur Abholung der Juden oder Kommunisten in den 1940iger Jahren.

Das kanadische Punktesystem für Einwanderer wird Grundlage für die neuen deutschen Gesetze der Einwanderungspolitik (d.h. 25 TM Grundkapital, Ausbildung oder Beruf müssen vorhanden sein, die sozialen Bedingungen müssen stimmen). Der Rassismus ist im Gesetz Text eingepflanzt, dagegen müssen wir protestieren und scharfe Argumente finden.

Die politische Entwicklung driftet nach rechts ab. Die Kirchen sind z. Zt. diejenigen, die immer noch viele Abschiebungen verhindern und die betroffene Menschen über eine Zeit retten können.

- Die Aktivitäten der Kirchen müssen unterstützt werden
- Auf die Wohnungsgenossenschaften müssen wir zugehen, weil sie bisher keine Wohnungen für die Unterbringung der Asylbewerber bereitstellen

Dresden zeigt, dass Menschen aus den Balkanstaaten v.a. bei uns sind. Bulgarien ist EU Land aber Staatsbürger kommen nicht nach Deutschland, sondern die Minderheiten, die nicht als Staatsbürger zählen.

Hinweis:

Weitere Fragen zum Thema können über das Internet an Andreas gestellt werden, er wird sie schriftlich beantworten.

TOP 5 – Arbeitsplan

Versammlungsleitung: Dieter Gaitzsch, Sprecherrat

Zunächst werden die noch nicht terminierten Punkte besprochen und in den Plan eingeordnet

Ergänzungen

Arbeit mit Gewerkschaften bitte im Plan aufnehmen

Dringlich ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Die „linke Woche der Zukunft“, vom 23. bis 26. April 2015 in Berlin. Die Vorbereitung ist noch einmal zu thematisieren.

Kümmere Partei, diese Option und soziale Fragen sollten weiter in die Politik einbezogen werden das bitte noch einmal besprechen, Seniorenpolitik auch.

„Nun muss eine Neuordnung der Aufgaben erfolgen – nein verschiedene Themen können miteinander verbunden werden.“

„Die Themen die jetzt da sind sollten wir intensiv behandeln und nicht mit anderen Sachen vermischen.“

Die Umdeutung der Geschichte(Geschichtsklitterung) findet z. Zt. statt. Wollen wir uns mit diesen neuen Prozessen befassen, die gegenwärtig in der Gesellschaft vor sich gehen?

Die Diskussion zu diesen Themen ist gerade sehr kontrovers, dazu stellen wir fest, dass wir Nachholbedarf haben, da wir unser Geschichtswissen noch aus der DDR Zeit haben.

Antrag: Bitte das Thema am 2.05. mit in die TO aufnehmen

Abstimmung: 17 dafür 7 dagegen

Plan 2.05. Bleibt in der Form und mit dem bereits geplanten Thema erhalten.

Am 5.09. soll das Thema Gewerkschaft mit behandelt werden.

Abstimmung: mehrheitlich dafür

Gewerkschaft wird aufgenommen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Parteitages können wir es behandeln.

Hinweis: Der Schwerpunkt soll nicht die Arbeit des DGB sein, sondern im MP sollten die Einzelgewerkschaften stehen und das Streikrecht z. B. welches durch den DGB eher blockiert wird. Betriebsgruppen in den Unternehmen müssen wir unterstützen, die Bildung ist wichtig.

Festlegung:

Brigitte Bielack und Ingo Kaiser werden mit in die Vorbereitung dieser Sitzung einbezogen, alle die ebenfalls unterstützen wollen sollen sich darauf vorbereiten.

Auch die LAG Vertreterinnen im La Ra sollten in die Vorbereitung einbezogen werden, wir müssen unbedingt auf Kompetenzträgerschaft in der Partei zurückgreifen.

Am 11.04 wird Neoliberale Politik behandelt, wir müssen klar machen, dass wir diese nicht unterstützen.

Am 10. 10. die Seniorenpolitik, man kann das mit den Jugendfragen im Zusammenhang behandeln

Hinweis: Das Thema Altersstrukturen in der Linken in dem Zusammenhang neu formulieren.

Frage: Das Thema im Dezember, was bedeutet Erschließung neuer Milieus, was ist damit gemeint?

A: Gemeint ist politisch wirksam werden in bestimmten Gruppen und Initiativen, die Einzelthemen behandeln.

Zum Arbeitsplan gibt es keine Abstimmung er wird ergänzt mit den geplanten Themen und den Hinweisen und im Diskurs p. Mail bestätigt.

TOP 6 - Mittagspause

TOP 7 – Bericht aus dem Landesvorstand

Bericht: Tilmann Loos, Landesvorstand Die Linke Sachsen

Die Entsendung der Mitglieder des LV für die Kommission Politische Bildung beim PV wurde abgeschlossen. Neue Mitglieder sind Monika Runge und Fabian Blunck als 2. Person.

Für die Arbeit in der Grundsatzkommission des LV ist Jenny Mittrach nicht mehr verfügbar, ein neues Mitglied muss ernannt werden.

Eine AG Parteientwicklung wurde neu im LV gebildet, dazu fehlen weitere Interessenten. Bitte melden!

Im März die Zukunftskonferenz, die Teilnahme ist finanziell abgesichert.

Als Kostenbeteiligung des LV bei Delegierungen zu den Zukunftswochen in Berlin, sind diese Kosten bereitgestellt 1 KV + 4 LAG + 3 LV Leute

„links hilft“ ist der Projektname

Partei hilft, dazu können wieder Sozialberatungen in den Büros angeboten werden. MdL-Büros, MdB-Büros und andere Abgeordnete sollen das in ihren Büroräumen für die Bürgerinnen anbieten. Um eine qualifizierte Beratung zu organisieren, dafür werden Schulungen durch Anwälte und andere kompetente Personen angeboten.

Im letzten LV gab es einen Bericht von Sylvio Lang zu den Demonstrationen in Dresden, er war sehr umfangreich und sehr gut recherchiert. Die PEGIDA Erklärung des LV wurde ergänzt und beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde zum Thema Versammlungsverbot noch einmal diskutiert.

Zu Finanzfragen wurde beraten, bis 20. Mai soll der HH des LV beschlossen werden. In dem Zusammenhang wurde über das Prinzip der Beitragsaufteilung innerhalb des LV ebenfalls diskutiert.

Die Kreisschatzmeister Beratung zu dem Thema findet am 17. März statt, am 17. März trifft sich auch die AG Finanzen dazu. Bisher hat es auf die Kritik des Landerates keine befriedigende Antwort gegeben, seit dem kl. Parteitag ist offenbar noch nichts passiert. Es wird daran erinnert, dass eine genaue Aufschlüsselung der wirklichen Kosten angemahnt wurde, darüber sollte eine Übersicht erstellt werden. Finanzfragen, das 3 Säulenmodell soll weiter favorisiert werden, genauer hinsehen, wegen der prozentualen Verteilung der Gelder, ist erforderlich.

Der Jugendverbandbericht zur Mitgliederbewegung ist schlecht zu beurteilen. Projekte sind mit mehr oder weniger Aufwand durchgeführt worden und es lässt sich nicht einfach sagen, was besser funktioniert, die Ergebnisse sind entscheidend.

Thema Politische Bildung

Welche Maßnahmen, des LV gibt es dazu. Zuerst auf die Anbieter zugehen parteinahe Vereine gewinnen und mit ihnen Foren usw. durchführen.

Die Teilnahme am Pfingstkamp ist möglich. Die Sommerakademie vom 3. - 5. Juli in diesem Jahr wird vorbereitet. Referenten werden noch gesucht, Angebote für die Bildungsseminare sind willkommen.

TOP 8– Bericht aus der Landtagsfraktion

Bericht: Janina Pfau, Landtagsabgeordnete

Die Rentenungerechtigkeit Ost und West wurde wieder angesprochen, 25 Jahre sind zu viel! Es ist Zeit Gerechtigkeit herzustellen. Ein Antrag zur Impfung in Schulen wurde gestellt, außerdem ist die Sicherung von Schulstandorten immer noch Thema sowie die medizinische Versorgung in Pflegeeinrichtungen.

Kurios ist, ein AfD Antrag liegt vor, es ist ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten.

Der Gedenktag 8. Mai als Tag der Befreiung soll eingeführt werden dazu wurde ebenfalls ein Antrag gestellt. Anlässlich der „25 Jahre Fraktion im Sä. Landtag“ gibt es eine Aktionswoche.

In Arbeit sind weiter, die Wahlkreispauschalen und Wahlkreisausstattungen, sie sollen sich erhöhen, dazu werden HH technische Änderungsanträge mit Beschluss eingebracht, um das zu erreichen. Die Auslobung eines Preises ist geplant, dazu sind noch genauere Informationen erforderlich.

Diskussion/ Anfragen/ Meinungen

Artikel LVZ, die Aussagen von D. Pellmann zur Fraktion, was ist davon zu halten? Stimmen diese Aussagen in der Widerspiegelung der Situation?

Stimmt denn das überhaupt was in der Zeitung formuliert wurde? A: Das Zitat, das verwendet wurde ist 2 Jahre alt, es geht eigentlich um eine Kritik an den LV, nicht gegen die Fraktion. Wenn diesbezüglich eine Richtigstellung erforderlich ist, dann muss das gemacht werden. Die Öffentlichkeitsarbeit ist noch etwas schwierig in diesem Fall, denn in der Fraktion wurde noch nicht zu diesem Thema gesprochen.

Meinung: „Zeichen der Unzufriedenheit innerhalb der Partei sind deutlich geworden v.a. bei dieser

Sache kommt das zum Ausdruck“. Wie sieht es mit Aktionen aus? Außerparlamentarische Arbeit ist im Moment nicht aktuelles Gesprächsthema in der Fraktion, ein Treffen mit den Bürgerinitiativen wird stattfinden.

Aktion war z. B. Fraktions- und Landesvorstands Leute waren auf dem Theaterplatz und haben sich engagiert beim Erhalt des Protestcamps der Flüchtlinge beteiligt.

Zusammenarbeit SPD und Grüne.

Wie funktioniert das denn so? Das Asylproblem ist Hauptthema gemeinsamer Gespräche, da funktioniert die Zusammenarbeit schon. Der bisherige Beauftragte für Asylpolitik soll abgewählt werden, weil die Arbeit nicht ordentlich geführt wird (AfD hat da den Hut auf) in den Landtagsarbeitskreisen wird gearbeitet, aber mit der SPD kann nicht reagiert werden, weil sie nach CDU Manieren abstimmt.

(Fraktionszwang)

TOP 9 – Anträge, Sonstiges

Anträge keine

Sonstiges

Information: Die LAG Behindertenpolitik hat sich gegründet, in Leipzig.

LVZ Artikel: „Die Kritik an der Arbeit des LV s. Das ist doch nur die Spitze des Eisberges.“

Fragen: Haben die Körperschaften, bzw. Die Gremien des LV daraus gelernt was wir in den Wahlkämpfen erlebt haben? Was ist im Vorstand diesbezüglich passiert? *A:* Strategien sind noch nicht neu entwickelt es gibt auch noch kein Papier dazu bzw. Keine Beschlüsse die sich an diesen neuen Vorschlägen orientieren.

Meinung: Eine Debatte ist notwendig möglichst vorher, Information gab es im La Ra, allerdings wurde darüber nicht diskutiert.

Die Neuausrichtung der Partei ist eigentlich im Gange. Das Ergebnis der Debatte muss sichtbar werden v. a. - auch in den Änderungsanträgen die Arbeitsweisen verändern sich.

Regionalkonferenzen – Ergebnis – muss ausgewertet werden – Ziel entwickeln – oder Anträge schreiben um die Probleme anzusprechen und darüber zu diskutieren – die Änderung muss aber auch in Bewegung kommen – Ergebnisse müssen eingefordert werden.

Parteiinterne Angelegenheiten sind ganz dringend zu besprechen und zu prüfen. Wir müssen uns beleißigen an den Qualitäten zu arbeiten. Am 14. März ist die Beratung der Satzungskommission und wir haben noch keine Meinung zu den vom La Ra gegebenen Vorschläge, darüber können wir aber heute nicht mehr diskutieren, alle La Ra Mitglieder sind aufgerufen daran teilzunehmen am Satzungskonvent, am 14.3.2015 im Gewerkschaftshaus.

F. d. R. Brandt,

Dresden, 07.03.2015